Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 37 (1957-1958)
Heft: 9

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

POLITISCHE RUNDSCHAU

Aus der Arbeit der Genfer Industrie

Der *Schweizerische Freisinnig-demokratische Presseverband* hatte kürzlich Gelegenheit, während annähernd zweier Tage in Genf zu weilen und sich dort im besondern mit den politischen Verhältnissen und mit der Arbeit der Genfer Metallindustrie zu befassen. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die ganze Reise, die Besichtigungen und die Aussprachen im Kreise der Radikalen Partei von Genf in jeder Beziehung ausgezeichnet organisiert waren, wofür außer den Genfer Herren insbesondere dem rührigen Präsidenten des Presseverbandes, Herrn Redaktor Dr. *N. Biert*, und dem Generalsekretär der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, Herrn Fürsprech *Leuenberger*, ein spezieller Dank gebührt. Die Genfer Organisation wurde zu einem großen Teil besorgt von der «*Union des industriels en métallurgie du canton de Genève*», deren Präsident, Herr *Frédéric Maurice*, Direktor der «Société Genevoise d'Instruments de Physique», die Teilnehmer in einem aufschlußreich und sympathisch abgefaßten Einführungsschreiben begrüßte.

Die Genfer Metallindustrie ist äußerst mannigfaltig. Sie blickt auf eine sehr lange Erfahrung zurück; ihre Arbeiten und Erzeugnisse wurden schon im Laufe des 19. Jahrhunderts in der ganzen Welt verbreitet. Die Produktion, die zu einem sehr wesentlichen Teil exportiert wird — bei einzelnen Firmen bis zu 90 % der Produktion —, umfaßt im besonderen die Herstellung von Elektromaterial, Maschinen und Apparaten, Wasserturbinen, Hochpräzisionsmaschinen, Verpackmaschinen, automatischen Drehbänken, Kochherden, Waschmaschinen, Material für die Flugzeugindustrie, automatischen Zählapparaten, Autoscheinwerfern, Nähmaschinen, modernen, für unsere Landesverteidigung notwendigen Waffen. Die Produktion der Genfer Metallindustrie ist naturgemäß auf einen engen Raum konzentriert, und wie man weiß, ist Genf durch seine geographische Lage und seine Struktur den Schwankungen der Wirtschaftskonjunktur stark unterworfen. Es kann sich, so führte der Präsident des Industriellen-Verbandes in dem einleitenden Schreiben aus, nicht wie andere große schweizerische Kantone auf das Gleichgewicht stützen, das eine gute demographische Verteilung und industrielle Dezentralisierung darstellt.

Ende des Jahres 1956 umfaßten die *60 Unternehmungen* der Genfer Metallindustrie ein Personal von mehr als *11 000 Köpfen*, darunter 8500 Arbeiter und 2800 Angestellte. Die Mitglieder der metallurgischen Union haben im Jahre 1956 beinahe 100 Millionen Franken an Löhnen, Gehältern und verschiedenen sozialen Leistungen, ohne die Familienzulagen, ausbezahlt.

Von den *sozialen Leistungen* der Genfer Industrie erhielt man bereits einen fesselnden Eindruck bei dem ersten Besuch, welcher der Firma *Sécheron S. A.* galt, die zur Hauptsache vollständige Ausrüstungen für elektrische Traktion zur Verwendung bei Loko-

motiven, Triebwagen und Trolleybussen herstellt. Die Besucher hatten Gelegenheit, die Wohnkolonie, welche die Firma für einen Teil ihrer Arbeiter errichtet hat, nämlich das «Village Sécheron», zu besichtigen. Die Siedlung umfaßt 23 Zweifamilienhäuser mit total 46 Wohnungen. Der Entschluß, diese Siedlung ins Leben zu rufen, wurde im Hinblick auf die schwierige Lage des Wohnungsmarktes gefaßt, die dadurch entstanden ist, daß die Bevölkerung des Kantons seit dem Ende des Krieges in direkt rapider Weise zugenommen hat. Die Firma beabsichtigt übrigens, noch weitere Wohnungsbauten vorzunehmen, um noch größere Teile ihrer Arbeiterschaft zu annehmbaren Mietzinsen unterbringen zu können.

Während die Firma Sécheron S. A. ca. 1400 Arbeiter beschäftigt, begnügt sich die «SODECO» mit einem Personal von 700 Köpfen. Die Firma ist weitherum bekannt für die Herstellung ihrer Elektrizitätszähler, ferner ihrer Telefongebührenmelder, Telefonnummernschalter, Impulsfernzähler sowie Briefmarken- und Billettautomaten. Auch die Besichtigung dieses Betriebes hinterließ einen nachhaltigen Eindruck.

Die Firma *Tavaro S. A.* wurde im Jahre 1934 gegründet und befaßte sich damals mit der Herstellung von Rüstungserzeugnissen, insbesondere von mechanischen Uhrwerkzeitzündern, die sie rasch in der ganzen Welt bekannt machten. Während des Krieges ging die Firma zur Herstellung von Nähmaschinen über, die überwiegend für den Export bestimmt sind. Dabei sind die Konkurrenzverhältnisse sehr schwierig, weil die japanischen, italienischen und deutschen Produzenten beträchtlich niedrigere Löhne zahlen. Auch diese Firma ist bekannt für ihre sehr beträchtlichen Sozialaufwendungen.

Mit ganz besonderem Interesse wurde die Besichtigung der «*Société Genevoise d'Instruments de Physique*» aufgenommen. Das Fabrikationsprogramm ist in der Hauptsache auf Präzisionsmaschinen eingestellt, und zwar Koordinaten-Bohrmaschinen und verschiedene Meßmaschinen. Dabei hatte man Gelegenheit, das Präzisionslaboratorium zu besichtigen, wo mit den feinsten Maßstäben und unter den empfindlichsten Bedingungen gearbeitet wird. Auch diese Firma arbeitet zu einem überwiegenden Teil für den Export. Einen ganz besondern Eindruck vermittelte die im Jahre 1936 von Fernand Turrettini gegründete SIP-Lehrwerkstatt, wo ausschließlich Feinmechaniker ausgebildet werden, die später zum größten Teil im Betrieb Beschäftigung finden. Die Schule zählt 50 Lehrlinge, und der Bestand soll in den nächsten Jahren auf 80 erhöht werden.

Ein weiterer Besuch galt der Firma *Gardy S. A.*, welche Apparate für Haus- und industrielle Installationen (Schalter, Steckdosen etc.), ferner Apparate für Verteilstationen und Zentralen bis zu 220 kW fabriziert. In diesem Betrieb wurden die Besucher wieder eingehend mit den sozialen Problemen vertraut gemacht, und ein Vortrag von besonderem Gewicht orientierte über die großen Anstrengungen, welche in dieser Firma der Aufklärung des Personals über die der Arbeit zu Grunde liegenden Probleme gewidmet werden. Die Schaffung eines geeigneten Arbeitsklimas gehört dort zu den vornehmsten Zielen.

Der Besuch der Genfer Metallindustrie wurde abgeschlossen mit einer Besichtigung der «*Charmilles*» *Maschinenbau AG.* Das Unternehmen fabriziert in erster Linie Turbinen, die in ihrem Aufbau besichtigt werden konnten. Ferner war Gelegenheit geboten, die Forschungsabteilungen zu besichtigen, nämlich ein Laboratorium für Flüssigkeitsmechanik und für Forschungen im Gebiet der Elektroerosion. Von ganz besonderem Interesse war schließlich die eingehende Besichtigung des Vorführungsbetriebes für Bremseinrichtungen der Eisenbahnen.

Anschließend an die Besuche in der Genfer Metallindustrie erfolgte eine Besichtigung

des *Flughafens Cointrin*, dessen Probleme durch *Staatsrat J. Dutoit*, den Chef des Kantonalen Baudepartementes, kurz erläutert wurden. Der Flughafen steht vor einem großzügigen Ausbau, dessen Notwendigkeit sich daraus ergibt, daß die Einrichtungen ursprünglich für die Aufnahme von 300 000 Passagieren jährlich bestimmt waren, während die entsprechende Zahl für 1957 auf 700 000 lautet. Weitere Berechnungen ergeben, daß voraussichtlich im Jahre 1961 1 Million Passagiere erreicht sein wird. Diese ständige Zunahme der Belegung des Flughafens ist ein sprechender Ausdruck für die stürmische Entwicklung der Genfer Konjunktur in den letzten 12 Jahren, die zum Teil auch darauf zurückgeführt wird, daß die Stadt heute als Sitz von 136 internationalen Organisationen ausgewählt ist. Der Referent befaßte sich dann mit den Problemen des Flughafens Kloten, und es war angenehm festzustellen, daß diese Betrachtungen sehr großzügig gedacht waren; man fand darin keine Spur einer Opposition gegen diesen doch in gewissem Sinne konkurrierenden Flughafen, sondern im Gegenteil sehr viel Verständnis für die Notwendigkeit, auch in Kloten mit dem Ausbau rasch vorwärts zu schreiten.

Anläßlich einer Fahrt in die Genfer Campagne wurden die Besucher eingehend orientiert über die *politischen Probleme des Kantons*. Hier hörte man insbesondere ein sehr lehrreiches Referat des Präsidenten des Genfer Staatsrates, *A. Borel*. Die Darlegung ging aus von jenen schmerzlichen Jahren, als Genf unter der kommunistischen Herrschaft Léon Nicoles stand und gab im weiteren ein treffliches Bild der Entwicklung, die sich später ergeben hat und die zu einer immer größeren Stabilität führte und vor allem zu einer immer stärkeren Verankerung der Radikalen Partei in der Masse der Stimmbürger — eine Darlegung, die durch die Großratswahlen erneut in vollem Umfang bestätigt worden ist.

Die wohlausgefüllten zwei Tage hinterließen wohl bei allen Besuchern aus der deutschen Schweiz sehr starke Eindrücke. Ganz besonders sind die Teilnehmer ihren ständigen Genfer Begleitern während dieser beiden Tage zu Dank verpflichtet, so vor allem den Herren *Honoré Snell*, Chefredaktor des radikalen Blattes «Le Genevois», und *J. Charles Verrey*.

Zum Problem Südtirol

Man schreibt uns:

Erlauben Sie mir zu dem in Ihrer Septembernummer erschienenen Artikel «Südtirol» einige Bemerkungen[1]).

Die zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung Italiens seit mehr als einem Jahr im Gang befindlichen Diskussionen zum Thema Südtirol haben sich — entgegen der im genannten Artikel niedergelegten Auffassung — immer streng auf die Erörterung des Gruber-De-Gasperi-Abkommens beschränkt, so daß von einer

[1]) Ausführliche Darstellungen des Problems: E. Reut-Nicolussi, «Die Rechtsfrage Südtirol», in: *Der Donauraum* (Salzburg), 2. Jahrgang 1957, Heft 1, S. 1—11. Franz Gschnitzer, «Die Südtiroler Frage», in *Außenpolitik* (Stuttgart), 8. Jahrgang 1957, Heft 4, S. 208—217.

Störung des «fortschreitenden intereuropäischen Zusammenschlusses» durch die Erhebung territorialer Forderungen seitens der Republik Österreich keine Rede sein kann. Damit soll freilich nicht gesagt werden, daß die Revision der Brenner-Grenze nicht historisch und moralisch gerechtfertigt wäre. Aber die Auseinandersetzung geht heute eben nicht um die Grenzfrage, sondern darum, ob Italien seine Vertragspflichten erfüllt und das Volkstum der Südtiroler unangetastet läßt, indem es die Rechte der Südtiroler im Sinne des Abkommens respektiert. Gerade dies muß bestritten werden.

Auf jeden Fall befindet sich Ihr Korrespondent im Irrtum, wenn er meint, daß «heute die Südtiroler sich ihrer Muttersprache wieder frei bedienen können». Ich möchte hier nicht näher ausführen, daß mit dem freien Sprachgebrauch allein das Problem eines gesunden nationalen Lebens noch lange nicht gelöst wäre. Aber nicht einmal der freie Gebrauch ihrer Sprache ist den Südtirolern gewährleistet. Hätte sich der Autor des zitierten Artikels mit der Würdigung des von ihm selbst erwähnten «Pfunderer Mordprozesses» näher befaßt, so wüßte er, daß dort neun Bauernburschen aus einem rein deutschen Dorf einer Verhandlung unterzogen wurden, die in italienischer Sprache stattfand, wobei die Angeklagten mangels Kenntnis des Italienischen dem Verfahren gar nicht zu folgen vermochten. Dies in einem Land, das von einer deutschsprachigen Mehrheit bewohnt ist. Dabei entsprach dies alles der von der italienischen Regierung getroffenen Regelung der Gerichtssprache. Wer die Bestimmungen des Gruber-De-Gasperi-Abkommens nur flüchtig gelesen hat, muß angesichts eines solchen Zustandes wohl zugeben, daß dieser Vertrag auch nicht einmal in seinen elementarsten Grundzügen durchgeführt worden ist.

Ebenso klingt der Hinweis auf die Ungebührlichkeit der Forderung, daß Südtirol nicht durch die amtlich geförderte Unterwanderung italianisiert werden dürfe, besonders aus dem Munde eines Schweizers unverständlich, da doch gerade in der Schweiz der nationale Friede auf der Basis des Territorialitätsprinzips aufrecht erhalten wird. Immer wieder wird den Tessinern von den höchsten Schweizer Stellen versichert, daß niemand den italienischen Charakter ihres Landes bedrohen dürfe. Wenn Ihr Korrespondent aber auf die Verhältnisse im Kanton Bern Bezug nimmt, so ist seine Argumentation keineswegs stichhaltig. Man kann doch nicht annehmen, daß er die Jurassier als von der deutschen Mehrheit des Kantons in ihrem kulturellen Leben gefährdet ansieht. Unseres Wissens hüten sich die Berner gewissenhaft, dem französischsprachigen Jura ein anderes nationales Gepräge aufzuzwingen. Gerade das Gegenteil ist aber der Grundzug der italienischen Politik in Südtirol.

Hier arbeiten alle italienischen Regierungen seit fast 40 Jahren auf die Zerstörung des deutschen Charakters des Landes hin. Es liegen aktenmäßige Beweise dafür vor, daß die italienischen Nationalisten bereits vor der Eingliederung Südtirols in das Königreich die Lösung des dortigen Problems nur in der Austreibung der deutschen Bevölkerung gesehen haben. Der Faschismus hat zunächst von einer so drastischen Behandlung aus außenpolitischen Rücksichten abgesehen und sich mit einem allerdings radikalen Entnationalisierungsprogramm begnügt. Als sich dieses aber als unwirksam erwies, verstand es Mussolini, die nationalsozialistische Regierung Deutschlands für die Umsiedlung der Südtiroler zu gewinnen. Unter schwerstem Druck, besonders infolge der italienischen Drohung, alle etwa zurückbleibenden Südtiroler nach Süditalien oder gar nach Abessinien zu verpflanzen, hat die Mehrheit der Südtiroler für die Abwanderung nach Deutschland optiert. Auch dieser schwere Schlag führte nur zu einem halben Erfolg, weil die Umsiedlungsaktion gegen Kriegsende abgebrochen werden mußte.

Nun versucht Österreich eben durch das Gruber-De-Gasperi-Abkommen eine Sicherung der Südtiroler gegen weitere Anschläge auf ihr Volkstum zu erreichen. Die christlich-demokratischen Regierungen Italiens seit 1946 gingen aber auf das alte Ziel mit einem neuen, kalten Verfahren los, und zwar dem der künstlichen Erzeugung einer italienischen Mehrheit in Südtirol. Diese Methode hat gerade in den letzten Wochen ihren Höhepunkt im Beschluß der italienischen Regierung gefunden, zweieinhalb Milliarden Lire für die Errichtung eines neuen Stadtteiles von Bozen auszuwerfen. Offen-

kundig hofft man in Rom, auf diese Weise das nun schon lästig gewordene Abkommen mit Österreich auszuhöhlen und namentlich die darin vereinbarte «legislative und exekutive Autonomie zum Schutze des völkischen Charakters der Südtiroler Volksgruppe» zu zerstören. Es ist klar, daß die auch von Ihrem Korrespondenten herangezogene Berufung auf die in der italienischen Verfassung verankerte Freizügigkeit ein solches System zur Umgehung von internationalen Verpflichtungen nicht rechtfertigen kann.

Angesichts solcher Zustände mutet der Appell, Südtirol sollte sich als «Brücke zwischen Deutsch und Welsch» fühlen, fast wie Spott an.

Eduard Reut-Nicolussi

Bericht aus Westdeutschland

Erwartete und unerwartete Nachwirkungen der Bundestagswahl

Bis in diese novemberlichen Tage hinein dauern die Kettenreaktionen an, welche die Bundestagswahl vom 15. September auslöste. Der Grund für diese langanhaltende Wirkung liegt vor allem in der an jenem Tage ganz deutlich gewordenen Tendenz zum Zwei-Parteien-System. Diese plötzliche Erkenntnis entzog der bayerischen Regierung die Grundlage und versetzte den kleinen Parteien in Niedersachsen einen solchen Schock, daß sie recht kopflos und übereilt Entschlüsse faßten, die dann — schneller als es normalerweise geschehen wäre — zu ihrem Ausscheiden führten.

Die mehr oder weniger künstliche Koalition, die in Bayern regierte, war seinerzeit nur zustandegekommen, um die stärkste Partei des Landes, die CSU, am Regieren zu hindern. Es war nämlich ein seltsamer Viererzug von zwei Antagonisten-Paaren, welche die bayerische Koalition bildeten: die Einheimischen (BP) und die Flüchtlinge (BHE) sowie die Sozialisten (SPD) und die Liberalen (FDP). Diese widernatürliche Koalition hat also nun ein Ende gefunden: am 16. X. 57 wurde in Bayern eine Regierung aus CSU, FDP und BHE gebildet.

In Niedersachsen wiederum bestand die Koalition ebenfalls aus vier Parteien, die zusammen eine Art Bürgerblock bildeten, nämlich CDU, DP, BHE und FDP. Nach dem überwältigenden Sieg der CDU bei der Bundestagswahl hatten die beiden kleinen Parteien, BHE und FDP, nichts Eiligeres zu tun, als die wegen ihrer Rechtsradikalität berüchtigte DRP aufzufordern, ihrer Gemeinschaftsfraktion beizutreten. Der konservative Ministerpräsident Hellwege löste daraufhin kurzentschlossen die Regierung auf und schloß eine große Koalition mit der SPD.

Die Tatsache, daß nun im drittgrößten Land der Bundesrepublik CDU und SPD zusammenregieren, wird sicher nicht ohne Wirkung auf das Verhältnis der beiden Parteien in Bonn sein, was im Hinblick auf die außenpolitischen Fragen sehr zu begrüßen wäre. Einstweilen scheint es jedenfalls, als ob beide — sowohl Regierung wie Opposition — entschlossen sind, die neue Legislaturperiode nicht mit den alten Gereiztheiten zu beginnen.

Große Reform bei der SPD

Dazu mag auch ein anderes wichtiges innenpolitisches Ereignis beigetragen haben, nämlich der Entschluß der SPD, endlich den Reformern innerhalb der eigenen Partei gegenüber den Funktionären das Feld zu überlassen. Ein Entschluß von großer Bedeutung, denn bei den beiden letzten Bundestagswahlen (1953 und 1957) ist deutlich ge-

worden, daß die SPD, so wie sie heute ist, keine Chance hat, eine Majorität in der Wählerschaft zu bekommen. Ohne den Wechsel zwischen Regierung und Opposition aber kann die parlamentarische Demokratie — vor allem im Zwei-Parteien-System — auf die Dauer nicht funktionsfähig bleiben.

Die SPD hat bisher, aus lauter Rücksicht auf die Parteigenossen, in der Mehrzahl phantasielose, brave Funktionärstypen, an vielen überholten Glaubenssätzen (Sozialisierung) und verstaubten Doktrinen festgehalten. Die Treue zu den Vorurteilen der Parteigenossen ließ sie zweimal die Gunst der Wähler verscherzen, denen das SPD-Programm, wirtschaftlich und außenpolitisch, zu starr und unrealistisch erschien. Die Suche nach den Gründen für die Wahlniederlage hat nun zu einer Art Revolte der, man könnte sagen, Freisinnigen gegen die Parteidoktrinäre geführt.

Deutlich kam dies bei der Wahl des Fraktionsvorstandes zum Ausdruck. Die beiden Stellvertreter des Vorsitzenden Erich Ollenhauer, nämlich Mellies und Schoettle, die als Vertreter des Apparates gelten, sind beide nicht wiedergewählt worden. An ihre Stelle trat ein Triumvirat, das die drei profiliertesten Persönlichkeiten unter den SPD-Abgeordneten umfaßt: Professor *Carlo Schmidt*, *Herbert Wehner* und *Fritz Erler*.

Das Auffallende an dieser Kombination ist, daß zwar alle drei als Befürworter einschneidender Reformen bekannt sind, es aber mindestens dem Außenstehenden fraglich erscheint, ob der verhältnismäßig weit links stehende Exkommunist Wehner und der Übersetzer Baudelaires, der Staatsrechtler Carlo Schmid, ganz einig über das «Wie» sind. Man wird einstweilen nur sagen können, daß der Wunsch nach Umgestaltung stärker ist als die Frage: mehr rechts oder mehr links. Charakteristisch in diesem Sinne erscheint auch, daß Heinrich Deist unter den Anwärtern für den erweiterten Vorstand die meisten Stimmen bekam — Deist, dessen Wahlspruch lautet: «Marktwirtschaft von links.»

Die Hamburger Wahl

Zeitlich nach diesem Revirement liegt die Hamburger Wahl, die einen überwältigenden Sieg für die SPD brachte. Sie erhielt bei der Bürgerschaftswahl (das Hamburger Parlament heißt Bürgerschaft) rund 54% — die höchste Quote, die je eine Partei in der Hansastadt erreichte. Dieser Erfolg ist sicher noch keine Folge der Reformbestrebung der SPD, aber ganz gewiß ist er eine Bestätigung für den richtigen Entschluß, das Parteiprogramm von überholten, engstirnigen Lehrsätzen zu befreien.

In Hamburg wählten bei der Bundestagswahl 45% aller Bürger die SPD, aber bei der Bürgerschaftswahl am 10. November 54%. Mit anderen Worten, bei der Bürgerschaftswahl, bei der außenpolitische und wirtschaftspolitische Gründe keine Rollen spielten, erzielte die SPD einen tiefen Einbruch in die Reihen der bürgerlichen Wähler.

Warum? Weil die SPD in Hamburg nicht radikal, sondern «hanseatisch» ist; weil der SPD-Anwärter auf den Bürgermeister-Posten (der mit den Ministerpräsidenten der Länder gleich rangiert), Max Brauer, ein sehr populärer Mann und überzeugter Europäer ist; weil viele Bürger das Gefühl hatten, es sei gut, wenn die SPD, die auf Bundesebene hoffnungslos in der Opposition ist, in den Ländern die Verantwortung mitträgt, jedenfalls dort, wo sie sich bereits früher bewährte.

Um die innenpolitische Betrachtung abzuschließen, kann man die sich andeutende Entwicklung vielleicht so zusammenfassen: Es sieht so aus, als würden sich die Sozialdemokraten in Deutschland allmählich von einer marxistischen Partei zu einer Art Labour Party entwickeln. Sollte ihnen dies nicht gelingen, so wird man wohl über kurz oder lang mit einer Spaltung der Partei rechnen müssen.

Abbruch der Beziehungen zu Tito

Außenpolitisch stand Deutschland in den vergangenen Wochen vor einer schweren Entscheidung, nämlich, die Konsequenzen aus seiner außenpolitischen These Nr. 1 zu

ziehen: «Wer Pankow anerkennt, begeht einen unfreundlichen Akt.» Tito hatte — wahrscheinlich genötigt durch seinen neu entdeckten Freund Chruschtschew — (trotz der in Bonn immer wieder wiederholten These) die nicht frei gewählte Regierung der DDR als zweite deutsche Regierung anerkannt, woraufhin die Bundesrepublik (nach einigem Zögern) die diplomatischen Beziehungen zu Belgrad abbrach. Ein Entschluß, der erstaunlicherweise in Jugoslawien große Verwunderung hervorrief und mittlerweile, das heißt nach der Schukow-Affäre, wohl auch einiges Bedauern.

In Deutschland sind die Ansichten über diese Maßnahme recht geteilt. Im großen und ganzen wird man sagen können, daß alle, die zu den außenpolitischen Thesen der SPD hinneigen, den Abbruch der Beziehungen zu Belgrad mißbilligen. Im bürgerlichen Lager wiederum ist man keineswegs eindeutig *für* jene Maßnahme. Es gibt auch dort eine Menge Leute, die finden, daß man zwar ja nicht die Beziehungen zum Westen lockern soll, daß aber Deutschland im Hinblick auf seine Grenzsituation mit einigen der Satelliten diplomatische Beziehungen aufnehmen sollte; in erster Linie mit Polen, das verzweifelt bemüht ist, Moskau gegenüber selbständiger zu werden. Diese, auch von Außenminister Brentano gelegentlich angedeutete Bereitschaft zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Warschau scheint nun wieder in weite Ferne gerückt, und eben dies bedauern viele Deutsche.

Marion Gräfin Dönhoff

Neo-Stalinismus im Satellitenraum

Mainzer Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde

Das Generalthema der diesjährigen Osteuropakunde-Tagung in Mainz (24. bis 26. Oktober 1957) lautete: «Wandlungen im kommunistischen Zwischeneuropa». Da man seit dem Ungarischen und Polnischen Oktober im westlichen Grenzbereich der Sowjetsphäre z. T. scharf profilierte Ansätze und Bewegungen einer politisch-geistigen Wandlung beobachtet, gewannen auch diesmal Referate, Diskussionen, Gespräche der international beschickten Jahreskonferenz unter dem Stichwort «Neo-Stalinismus» besondere Aktualität. Parteidoktrinäre Umschaltungen und innerparteiliche Richtungskämpfe im kommunistisch beherrschten Ostmitteleuropa erscheinen dabei, nach wie vor, als Ausläufer und Wellenkreise zentraler Remeduren und Gruppensiege im Kreml. Der Beobachter wird indes jene von «oben» ausgelösten und gesteuerten Restaurations- und Eindämmungsversuche der sowjetkommunistischen Machtdoktrin nicht mit eigenständigen Tendenzen und echten geistigen Strömungen Ostmitteleuropas zu verwechseln haben. Gerade die Schlagworte «Neo-Stalinismus», «Chruschtschewismus» u. dgl. bezeichnen vielfach *nachträgliche* ideologische Anpassung an *vorher* durchgeführte taktische Kursänderungen der Sowjetpolitik. Revolutionäres Streben, geistige Wegsuche und Bewegungen dagegen sprengen nicht nur jeden «parteigemäßen» Rahmen, gewohnte Ost-West-Schematismen: Der unleugbare Beginn geistiger Wiedergeburt Mittelosteuropas kündigt sich sogar größtenteils außerhalb der Arenen für ideologische Schaukämpfe als stillwachsende Saat fernerer Zukunft an.

Revisionisten zwischen Tito und Gomulka

Wie stets, bot Prof. *Hans Koch*-München einleitend im öffentlichen Vortrag über «Die geistigen Strömungen im kommunistischen Zwischeneuropa» wertvolle Anregungen. Er verfolgte den Prozeß ideologischer Satellisierung der «Bruderparteien» seit dem

5. Komintern-Kongreß und kennzeichnete einprägsam die Epochen des Alt-Stalinismus bis zum Tode Stalins, den umkämpften A-Stalinismus bis zum Oktober 1956, den Neo-Stalinismus der Restaurationsepoche in Ostmitteleuropa bis zur systemgemäßen Alleinherrschaft N. S. Chruschtschews.

Tito-Brož' Rolle als ideologischer Vorreiter der nachstalinistischen Ära wurde u. a. an Titos erneuerter Koexistenz-Formel vom 26. Januar 1949, an seiner Frontstellung gegen den «zentralistischen Bürokratismus» erläutert. Anderseits entsprechen diese situationsbedingten Rückgriffe des jugoslawischen Staatsmarschalls auf Lenin genau der zeitbegrenzten Taktik des Chruschtschew-Kollektivs; dessen Berufung auf Lenin sollte weniger J. W. Stalin ideologisch endgültig außer Kurs setzen, sondern «mit stalinistischen Mitteln» eine wesentliche Runde zugunsten des Fünfer-, Dreier- und Eingespanns Nikita Chruschtschews machtpolitisch entscheiden.

Eine leninistische Zitatenlese begründete ebenso Tito-Brož' «aktive Neutralität», zu der sich Nehrus «Nichtanlehnung an die Machtblöcke», schließlich Nassers «positiver Neutralismus» gesellten. Wieweit läßt sich nun von Rotchina her eine wirksame ideologisch-politische Rückendeckung für Sonderentwicklungen im europäischen Satellitenraum absehen? Dr. *Klaus Mehnert*, Geschäftsführer der Osteuropakunde-Gesellschaft, neigte dazu, Maotses Förderung der «hundert Blumen» in Ostmitteleuropa als kurzlebige Zwischenphase zu werten. Das heutige Verhältnis Moskau-Peking offenbare keine akuten Gegensätze, die den Rückschluß auf eine Begünstigung ostmitteleuropäischer Polyzentrismen der KP.s durch Rotchina gestatten.

Kochs Vortrag entwickelte insonderheit für die eingesperrten Parteiphilosophen der deutschen Ostzone, Wolfgang Harich und Ernst Bloch, neue Bewertungen. Vornehmlich Blochs «überbetonter Subjektivismus» verdient als revolutionärer Ausbruchversuch wohl mehr als tagespolitische Beachtung.

Der seit Jahr und Tag in Polen «entfesselte Geist» (der Ausdruck stammt von Wladyslaw Gomulka) fand eine glänzende Analyse durch Prof. *Gotthold Rhode*-Mainz. Was hat sich seit Polens «Frühling im Oktober» am nachhaltigsten gewandelt? Gomulka selbst! Reformisten, Revisionisten bis hin zu den sogenannten «Rasenden» wissen, was sie nicht wollen, nicht aber, was sie wollen! Diese und ähnliche Bonmots untersuchte Rhode auf ihren Grundgehalt: Ungeachtet restriktiver Maßnahmen, die Gomulka als Gefangener seines «Apparates» seit Mai 1957 verfügte, hat sich Polen von der «erstarrten Sprache» gelöst. Die Enttäuschung der Bevölkerung über Gomulka als «Nationalhelden», das septemberliche Verbot der Studentenzeitschrift «Po prostu» sind schließlich ebenfalls Anzeichen, daß sich der Kompromißcharakter geistigen Ringens auflöst.

Primat der Politik in Ost und West

Ist die Diktatur des Proletariats ideologisch gleichzusetzen und vereinbar mit der heute allmächtigen Diktatur der Partei? Diese Kernfrage des sowjetkommunistischen Führungssystems, der «proletarischen Demokratie», analysierte Dr. *Oskar Anweiler*-Hamburg meisterhaft in seinem Kurzreferat über die Arbeiterräte. Um was ging es eigentlich in der revolutionären Geburtsstunde der Arbeiter-Sowjets (Räte) 1905 in Rußland? Weshalb übernahm Lenin, nach anfänglicher Ablehnung, den Räte-Gedanken 1917, sobald die bolschewistische Mehrheit in diesen Ausschüssen der Arbeiter und Soldaten gewährleistet war? Tito-Brož' Abkehr von Moskau brachte 1949 eine arbeiterrätliche Organisation für Jugoslawiens Industriebetriebe; Polens und Ungarns «Frühling im Oktober», 1956, bezeugten erst recht die demokratische Virulenz der Arbeiterräte innerhalb der Sowjetsphäre. Wurde die Belgrader Spielart der Arbeiterräte-Betriebsräte zur Staffage eines tito-kommunistischen Staatsmanagertums, so setzte Ungarns Kádár-Regime seine widerspenstigen Arbeiterräte auf den Aussterbe-Etat. Gomulka wies Polens Arbeiterräten sehr bald eine aussichtslose Aschenbrödelstellung zu.

Tatsächlich lehnte bereits Rosa Luxemburg eine Identifizierung der Diktatur des Proletariats mit der Alleinherrschaft der KP.s ab. Der Absicht nach sollten freigewählte Gewerkschaftsorgane (Sowjets) der Einzelunternehmen eine Betriebsdemokratie verwirklichen. Vom Sozialpolitischen her hätten diese Sowjets gegenüber dem totalitären Partei- und Staatsapparat eine Kontroll- und Korrekturfunktion ausüben sollen. Kein Wunder, wenn kommunistische Apparatschiks und Hierarchen diese echte arbeiterrätliche Mitsprache stets vereitelten und zur Wirkungslosigkeit verdammten. Ebenso selbstverständlich, daß Epochen des Umbruchs immer wieder grundsätzliche Auseinandersetzungen um die Wiederbelebung dieser «Betriebsdemokratie» bringen.

Der end-scheidende Vorrang des *politischen* Führungssystems für die sozialwirtschaftliche Lebensordnung eines Staatswesens wurde erst recht deutlich an dem lebhaften Meinungsstreit nach dem Vortrag des schweizerischen, derzeit in Warschau tätigen Korrespondenten, Dr. *Ernst Halperin*, «Das polnische Experiment und die tschechische Antithese».

Gibt es eine «sozialistische Marktwirtschaft»?

Halperins kluges Referat hatte zunächst sehr wohl restaurative Züge der nachoktoberlichen Wirtschaftspolitik Gomulka-Polens dargelegt. Zutreffend verwies der Referent darauf, daß Polens «tschechische Antithese» zwar für die neostalinistische Partei- und Staatspolitik der ČSR gelte, nicht jedoch bezüglich der Wirtschaftsführung. Die zum Jahresbeginn 1958 neuerlich umgeplante, «dezentralisierte» Staatswirtschaft der ČSR erlaube die Vermutung, derzufolge sich die Tschechoslowakei als erste Volksdemokratie der «sozialistischen Marktwirtschaft» *Jugoslawiens* annähern werde.

Die allzu kurz befristete Diskussionszeit verhinderte eine Vertiefung der Frage, warum *einzelne* marktwirtschaftliche Elemente im titoistischen Plansystem die Bezeichnung «sozialistische Marktwirtschaft» für Jugoslawiens Wirtschaftsaufbau keineswegs rechtfertigen. Im Urteil Dr. Halperins sollten effektivere Mitsprache jedes Industrieunternehmens bei Erstellung des Jahresplans, größere Bewegungsfreiheit des Betriebs in der Sortenerzeugung, stärkere Rücksichtnahme auf den Rentabilitätsfaktor und einzelbetriebliche Gewinnprämien, vergleichsweise bessere Bedarfsdeckung durch die Staatsindustrien, das Arbeiterrätesystem, — dezentralisierende Lockerung des Planablaufs schlechthin — funktionsmäßig eine «sozialistische Marktwirtschaft» entstehen lassen.

Wilhelm Röpkes Aussagen zum Wesen der Marktwirtschaft, gerade auch in den «Schweizer Monatsheften», konnten ebenfalls nur gestreift werden. Nationalökonomische Ostfachleute von Rang räumten ein, der Westen verfüge (bei unterschiedlich gemeinwirtschaftlichem Anteil in den Volkswirtschaften) gleichfalls nicht über ausschließliches Einzelunternehmertum. Neben sozialer Sicherstellung und freimarktlicher Bedarfsdeckung der Erwerbstätigen, selbstverantwortlicher Unternehmerinitiative, sei aber im zivilisatorischen Westen ausschlaggebend: die politische Demokratie eröffnet auch für das Wirtschaftsleben Korrekturmöglichkeiten und anpassungsfähige, freie Entfaltung. Im kommunistischen Staatskollektiv scheitert sozialwirtschaftliche «Liberalisierung» zuletzt am zentralistischen Kommandosystem der Polit-Funktionäre.

Der Wettbewerb der Rubelblockländer

Widerspruch fand der über die wirtschaftspolitische Koordinierung des Rubelblocks sorgfältig referierende Dr. *Kurt Wessely*-Wien insoweit, als länder- und spartenmäßige Arbeitsteilung im Ostblock seit 1955 nicht in Nachahmung des Gemeinsamen Marktes forciert werden. Entwicklungsmäßige Eigengesetzlichkeit des Rubelblockraumes mag systemgemäß diese Zusammen-Ordnung zwischen Pankow und Peking verzögern. Den-

noch muß man dem «sozialistischen Weltmarkt» eine schrittweise zunehmende Koordinierung seiner dirigierten Erzeuger- und Außenhandelspartner zubilligen.

«Wirtschaftsbeziehungen zu den überseeischen Entwicklungsländern» aus Europas Satellitenraum behandelte Dr. *Theodor Zotschew*-Kiel mit nüchterner und bestechender Folgerichtigkeit. Ohne die politisch-agitatorischen Nebenwirkungen dieser Rubelblock-«Offensive» zu unterschätzen, stellte der Referent fest: Die gesamten Exportziffern des Ostblocks nach Übersee entsprachen 1956 Finnlands Ausfuhrvolumen. Der westliche und überseeische Anteil am «zwischeneuropäischen» Außenhandelsumsatz betrug knapp zwei Fünftel, lag jedoch unter 40 % der Vorkriegshöhe. Die östliche Konkurrenzfähigkeit mit dem Westen in überseeischen Entwicklungsmärkten beruht zurzeit auf dem niedrigen Lohnniveau der Rubelblock-Arbeiterschaft, auf vereinzelten Dumping-Lieferungen, auf der Selbstempfehlung der Satellitenländer, ihre Warenlieferungen würden für die Entwicklungsländer keine «imperialistische» Gefahr beschwören.

Abgesehen davon, daß den übergewichtigen Schwerindustrien Ostmitteleuropas bei ihrem Rohstoff- und Nachholbedarf mit überseeischen Kolonialwaren, Agrargütern und Genußmitteln wenig gedient ist, verhindert weithin der künstliche Unterbedarf der Volksdemokratien an den hauptsächlichen Übersee-Erzeugnissen eine beständige Aufstockung des Austausches. Zudem zählen Kapitalmangel, Aufbauschwierigkeiten, Disproportionen ebenfalls zu den Hemmnissen der ostmitteleuropäischen Entwicklungsländer. Alle diese Tatsachen fügen sich wohl nicht zu einem bequemen Ruhekissen für die Unternehmerwelt des Westens; sie sollten bei aller vorausblickenden Umsicht dennoch ins Kalkül einbezogen werden!

Ostblock-Jugend am Scheideweg

Eine Überfülle an Details boten die kulturpolitischen Einzelreferate. Eindrucksvoll und nachhaltig sprengte die Debatte um das Jugendproblem im Satellitenbereich den Rahmen des Zeitprogramms. Berechtigterweise: Manchmal erregter Widerstreit um den vielschichtigen Tatbestand mußte z. B. übereilte Folgerungen aus der vielfach kritischen Haltung junger Ostmitteleuropäer gegenüber den atheistischen Zuchtmethoden in den Volksdemokratien widerlegen. Vorliebe und Begeisterung für «heißen» Jazz, Rock'n Roll, Wildwest-Romantik etwa vermitteln der jungen Generation «jenseits» doch nur ein verzerrtes, einseitiges Bild westlicher Kultur. Der Unterbruch gesamteuropäischer Begegnung, die Stillung des seelischen Hungers mit Surrogaten birgt Gefahrenpunkte für die erwartete, kommende Gemeinsamkeit.

Problematik, Wegsuche, Zynismus, Nihilismus, Idealismus, Wagemut dieser Ostblock-Jugend tragen Entscheidungscharakter in sich. Droht die Überfütterung der östlichen Jugend mit ideologischer Eintopfkost Apolitismus und bedenkenlose Karrieremacherei zu fördern, so sollten wir Westmitteleuropäer unserer eigenen Jugend das Wort von der Freiheit und Mitverantwortung nicht vorenthalten. Apolitismus und Materialismus wären auch im Westen die Folgen eines seelischen Vakuums. Enthüllt die Nachwuchsfrage im Ostblock die geistig-politische Zukunftslosigkeit eines Zwangssystems, wird das westliche Nachwuchsproblem zur Voraussetzung der Verständigungsmöglichkeit, der freiheitswilligen Einigung von morgen. Ein Diskussionsredner drückte es so aus: Die Ostblock-Jugend ist gegen Restauration — wir auch! Diese Jugend liebt die Freiheit — wir auch!

Gerade das rückhaltlose geistige Mühen um dieses ostmitteleuropäische Zukunftsproblem bekundete den sachlichen Ernst des Tagungsgesprächs in Mainz. Man darf der internationalen Zusammenarbeit in Ostfragen aufrichtig neue, ähnliche Begegnungen der Besinnung und Klärung wünschen.

Otto Rudolf Ließ

Äthiopien wählt zum erstenmal

Am 10. Oktober 1957 sind die ersten Wahlen in Äthiopien (Abessinien), das ein moderner Staat werden will, zu Ende gegangen. Mehr als fünf Millionen Stimmberechtigter hatten zweihundertfünfzig Abgeordnete zu wählen. Dieses Ereignis bedeutet einen neuen Fortschritt in einem Lande, dessen Parlamentarier bisher durch den Kaiser ernannt worden waren und das nach einem Ausspruch des Landesherrn *Haile Selassie* den Willen hat, «sich ausschließlich nach eigenem Rhythmus zu entwickeln und fortzuschreiten».

Wer Äthiopien kennt, erklärt sich sehr leicht den Wunsch der kaiserlichen Regierung, in den Reformen und den notwendigen Neuerungen mit äußerster Vorsicht zu Werke zu gehen, und zwar aus verschiedenen Gründen. Vor allem scheint seit der Wiedererlangung der politischen Unabhängigkeit (nach dem Abzug der Italiener 1945) und trotz dem relativen Wohlstand, dessen sich die fünfzehn Millionen Abessinier erfreuen — wenn man ihren Lebensstandard etwa mit demjenigen der ägyptischen Fellachen vergleicht —, die Bevölkerung dieses ausgedehnten, 1 240 000 Quadratkilometer umfassenden Reiches auf ein demokratisches Regierungssystem nach westlichem Vorbild noch nicht genügend vorbereitet zu sein: neunzig Prozent seiner Bewohner sind Analphabeten.

Aber auch aus anderen Erwägungen ist die kaiserliche Regierung zur Vorsicht gezwungen. Äthiopien sieht sich von außen her durch die Pläne der ägyptischen Expansionspolitik bedroht und durch die Gärung unter den Muselmanen des Reiches, die hauptsächlich von Kairo her geschürt wird. Der Negus selber scheute sich nicht, die ägyptischen Machenschaften öffentlich anzuprangern, als er im Frühling 1957 Ägypten anklagte, gegen ihn und seine Regierung zu intrigieren und durch Aufhetzung der mohammedanischen Minorität gegen die äthiopische Regierung, die der koptischen Religion angehört, geradezu eine Zerstückelung des Reiches anzustreben.

Schon im November 1956 war eine Krise in den Beziehungen zwischen den Regierungen von Addis Abeba und Kairo ausgebrochen, und Äthiopien forderte damals die Rückberufung des ägyptischen Militärattachés. Dieser hatte — in der unausgesprochenen Absicht, eine Art äthiopisches Bataillon aufzustellen — unter den äthiopischen Mohammedanern Rekrutierungen für die ägyptische Armee vorgenommen. Er ist in der Folge nicht mehr ersetzt worden, und die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind seither sehr gespannt. Die kurzen Aufenthalte der Herren Richards und Nixon in Addis Abeba, die von ihnen mit verschiedenen abessinischen Persönlichkeiten geflogenen Gespräche zur Einigung über die Bedingungen einer amerikanischen wirtschaftlichen und militärischen Hilfe, die Festigung der israelisch-äthiopischen Bindung, der Besuch des Königs von Arabien, Ibn Saud: alle diese Begebenheiten zogen die Aufmerksamkeit der diplomatischen Kreise auf sich und zeigten der Welt, daß Äthiopien, die «christliche Insel in einem mohammedanischen Meer», in die Gefahrenzone subversiver Strömungen hineingeraten ist und sich von neuem von außen her bedroht fühlt.

Für Äthiopien sind nämlich die Einmischungsversuche des Auslandes, denen es jetzt Widerstand zu leisten gilt, nichts Neues. Sah es sich doch schon seit dem Auftreten des Islams unaufhörlich in Kämpfe gegen die Mohammedaner verstrickt. Im Jahre 312 durch den heiligen Frumentius — einen Missionar des Bischofs von Alexandrien und nachmals selber Bischof der alten Kapitale Aksum — zum Christentum bekehrt, mußten die Äthiopier in der Folge fast ununterbrochen ihren Glauben und ihr Land gegen muselmanische Überfälle verteidigen. Den Eindringlingen gelang es, Äthiopien vom Roten Meer abzuschneiden; es überstand die Katastrophe droben in seinen Bergen, an denen sich die Invasionswellen brachen, ohne es überschwemmen zu können.

Und doch fehlte nicht viel, so hätten im 16. Jahrhundert die Angreifer gesiegt, als der Emir Ahmed Gran, genannt der Linkshänder, mit Feuerwaffen ins Innere vordrang, auf Äthiopiens Mittelpunkt, das Herz des Reiches hin; er vernichtete die Armeen des

Negus eine nach der anderen, steckte die Städte in Brand, die Kirchen und Klöster, und versuchte auf diese Weise den Islam durch das Schwert auszubreiten. Es gäbe wohl heute in diesem Teil unserer Welt keinen christlichen Staat mehr, wären nicht eines Tages einige hundert Portugiesen den Bedrängten zu Hilfe geeilt — ursprünglich von der Legende des mysteriösen Priesters Johannes angezogen, mit welchem eine gewisse diplomatische Fühlung zustande gekommen war und zu dessen Hilfe der Papst die Christenheit aufgerufen hatte. Den Portugiesen verdanken daher die Äthiopier, daß es ihnen gelang, sich schließlich ihrer Feinde zu erwehren — eine Episode, die ohne Zweifel zu den glorreichsten der portugiesischen Geschichte gehört; denn Portugal hat durch sie entscheidend daran mitgewirkt, daß diese ganze afrikanische Region dem christlichen Glauben unter seiner monophysitischen Form erhalten blieb. Der religiöse Führer Äthiopiens, der Abuna, der bis in die letzten Jahre hinein ein ägyptischer Kopte war, ist jetzt ein Äthiopier.

Neben der Religionsgemeinschaft und einem bei den Äthiopiern positiv vorhandenen nationalen Bewußtsein — trotz Verschiedenheit der Lokalsprachen und Rassenunterschiede — begünstigt noch ein weiteres den Widerstand gegen Angriffe von außen, nämlich das Land selbst, dank seiner geographischen Beschaffenheit. Die äthiopischen Hochflächen sind, so sehr sie einzeln wie gewissermaßen voneinander abgesonderte Regionen erscheinen, in ihrer Gesamtheit dennoch ein zusammenhängendes, gebirgiges Bollwerk, eine Art Festung, welche die umliegenden niedrigeren Bezirke der Peripherie beherrscht. Dieser äußere, tiefer gelegene Rand ist gegenwärtig größtenteils von Mohammedanern bevölkert, während im Innern die christliche Religion vorherrscht. Äthiopien, dessen Provinz Amhara die Sprache des ganzen Landes beeinflußt und allmählich bestimmt hat, besteht im wesentlichen aus einem zentralen Gebirgsmassiv, dessen Vorhandensein der Landschaft, trotz der Nähe des Äquators, auf weite Strecken ein gemäßigtes Klima verleiht. Die Hauptstadt Addis Abeba liegt über 2400 m hoch, und der höchste Punkt des Landes, der Gipfel des Ras Dachan, erreicht eine Höhe von 4620 Metern. Daraus ergibt sich, daß Bodenkultur und Viehzucht hier blühen müssen und dieses ganze Gebiet alle Aussichten hat, eine der großen landwirtschaftlichen Regionen des afrikanischen Kontinentes zu werden.

Der gleiche Grund, der das Phänomen erklärt, wieso Äthiopien, obwohl es ringsum von feindlich gesinnten mohammedanischen Nachbarn eingeschlossen ist, als christliche Nation überleben konnte, gibt auch darüber Aufschluß, warum die Regierung Nasser hier immer stärkeren Einfluß zu gewinnen sucht: Äthiopien ist ein Wasserschloß, von dem aus durch die Quellarme des Sobat, des Blauen Nils und des Atbara fünfundachzig Prozent des Wassers, ohne das Ägypten immer Wüste geblieben wäre, dem Nil zufließen. In dieser Hinsicht ist die Lage Äthiopiens mit Bezug auf Ägypten sehr ähnlich derjenigen von Indien, wo die Quellen der Flüsse entspringen, welche dem Lande Pakistan sein Leben spenden. Der vom Sudan unterstützte Widerstand Äthiopiens gegen die ägyptischen Pläne der Nutzbarmachung des Oberen Nils und des Tanasees — Pläne, die ein gewisses politisches Zusammengehen des ganzen Niltales erfordern würden — bestärkt die Regierung von Kairo in ihrem Willen, Addis Abeba gefügig zu machen.

Den Interessen der ägyptischen Regierung kommt auch die Art und Weise der Behandlung der Somalifrage entgegen. Wie man weiß, soll das frühere Italienisch-Somaliland, das jetzt noch unter Italiens Vormundschaft steht, im Jahre 1960 unabhängig werden. Äthiopien möchte mit ihm ähnliche Bundesbeziehungen schließen, wie solche schon zu Erythräa bestehen, dessen im Jahr 1950 erfolgter Anschluß an Äthiopien letzterem den direkten Zugang zum Roten Meer eröffnet hat. Immerhin scheint sich ein starker Prozentsatz der Bevölkerung des italienischen Somalilandes dem Plane zu widersetzen. Überdies fordert, bisher von Großbritannien dazu ermutigt, eine politische Organisation, die sich «Bund der Jugend von Somali» nennt, die Aufrichtung eines Staates «Groß-Somali», der nicht allein Italienisch- und Britisch-Somaliland, sondern auch die äthiopische Provinz von Ogaden und gewisse, durch Somali bewohnte Distrikte von Kenya umfassen würde, sowie auf der anderen Seite, im Norden, die französische

Küste von Somaliland, obwohl diese mehrheitlich von Danakils besiedelt ist. Sollte das Projekt verwirklicht werden, so dürfte dieser Staat Groß-Somali, der dann höchstwahrscheinlich von ägyptischen Propaganda bearbeitet würde, eine schwere Bedrohung Äthiopiens bilden, um so mehr als seit Bestehen des Bündnisses mit Erythräa dreißig Prozent der Gesamtbevölkerung Islamiten sind, die, wie wir gesehen haben, am Rande zerstreut leben.

Äthiopien, das gezwungen ist, Auslandshilfe in Anspruch zu nehmen, wenn es seinen brachliegenden wirtschaftlichen Reichtum auswerten will, braucht auch ausländische Unterstützung, um sich aus seiner Isolierung herauszuarbeiten. Bisher war allerdings die Haltung der USA eher enttäuschend und die britische Politik gegenüber den Somali ziemlich beunruhigend. Äthiopien wünscht daher — so hat es den Anschein — seine Beziehungen zu Frankreich zu stärken. Die Interessen Frankreichs, an der Somaliküste des Roten Meeres stationiert und dem Sudan durch Äquatorialafrika benachbart, decken sich in mehr als einer Hinsicht mit denjenigen Äthiopiens. Dessen Hauptstadt ist durch die Eisenbahnlinie der «Companie franco-égyptienne» mit dem Hafen von Dschibuti verbunden, und französische Techniker wurden von der Regierung mit der Aufgabe betraut, eine Entwicklung der ins Innere des Landes führenden Verbindungswege zu studieren. Die Verwirklichung der gegenwärtig in Arbeit befindlichen Pläne vermöchte dem Interesse beider Parteien, zwischen denen ja keinerlei politische Spannungen bestehen, zu dienen. Für Dschibuti selbst — das hat die Suezkrise bewiesen — ist es eine ausgesprochene Notwendigkeit, seine natürliche Rolle gegenüber dem äthiopischen Hinterland voll und ganz spielen zu können.

Die Stärkung der Bande zwischen Abessinien und Frankreich könnte zur Blüte und Konsolidierung eines Staates beitragen, dessen Bestehen für die Erhaltung des Gleichgewichtes in Ostafrika von wesentlicher Bedeutung ist.

Hervé Lavenir

Militärische Umschau

Ein Strohfeuer ist erloschen

Unter dem Eindruck der Ereignisse in Ungarn lud die Militärkommission des Nationalrates den Bundesrat ein, den Räten die notwendigen Kredite für eine zusätzliche auf dienstlicher oder außerdienstlicher Grundlage beruhende Ausbildung, insbesondere in der Panzerabwehr, zu unterbreiten. Der Bundesrat nahm das Postulat am 21. 12. 56 entgegen[1]). Schon am 20. 12. äußerte sich Nationalrat Dietschi-Basel bei der Beratung des Sofort-Rüstungsprogrammes auch zur Ausbildung: «Es scheint mir an der Zeit, die Ortswehren wieder zu aktivieren. Sie sind entsprechend zu bewaffnen, insbesondere mit Panzerabwehrwaffen auf kurze und mittlere Distanz. Man wird nicht darum herumkommen, die Ausbildungszeit dieser Leute darnach zu richten[2]).» Dieser Anregung Folge leistend beantragte der Bundesrat eine Reihe außerordentlicher Instruktionsdienste, um eine zusätzliche Ausbildung der Truppe, insbesondere in der Panzerabwehr, herbeizuführen und vorhandene Ausbildungslücken zu schließen[3]). Mit zwei Ausnahmen haben die Räte durch Bundesbeschluß vom 21. 3. 57 diesen Anträgen zugestimmt[4]). Die Ausnahmen betrafen die beantragten *Kurse für Territorialkompagnien und für Ortswehren.* Bei der Behandlung der Vorlage im Nationalrat wurde einerseits das Ausbildungsprogramm dieser Kurse beanstandet, und der Berichterstatter der Militärkommission richtete den Wunsch an den Bundesrat, in diesen Kursen auch die Ausbildung mit der Panzerwurfgranate zu betreiben und Anleitungen in der behelfsmäßigen Panzerabwehr zu geben. Anderseits wurde aus der Mitte des Rates die Einberufung von

Wehrmännern im Landsturmalter kritisiert[5]). Der Nationalrat folgte schließlich einem Antrag Fischer-Luzern und entschied sich mit 81 gegen 28 Stimmen für die Rückweisung der auf die Territorialkp. und Ortswehren bezüglichen Ziffern[6]). Der Bundesrat teilte der Militärkommission des Nationalrates seine Absicht mit, die Einberufung der Territorialkp. und der Ortswehren zu überprüfen. Er behielt sich vor, den eidgenössischen Räten gegebenenfalls einen neuen Antrag einzureichen. Dem Antrag des Bundesrates folgend, hat dann der Nationalrat am 12. 3. 57 die Kurse für Territorialkp. und Ortswehren aus der Vorlage vom 15. 2. herausgenommen und die abgeänderte Vorlage gutgeheißen. Dabei faßte Nationalrat Obrecht die Meinung der Kommission dahin zusammen, daß die Kurse für Territorialkp. und Ortswehren durchgeführt werden sollten und die Kommission eine neue Vorlage auf die Junisession erwarte[7]). Der Ständerat hat darauf der so bereinigten Vorlage zugestimmt[8]).

Mit Botschaft vom 10. 5. 57 unterbreitete der Bundesrat den Räten einen neuen Beschlussesentwurf[9]). Zur Erhöhung der Kampfkraft der Territorialkp. und Ortswehren sieht der Bundesrat vor, ihnen eine bestimmte Anzahl von Panzerwurfgranaten, Wurfausrüstungen und Karabiner 1931 zuzuteilen. Entsprechend der verstärkten Bewaffnung soll ein Teil der Angehörigen dieser Formationen auch an Panzerwurfgranaten und in der behelfsmäßigen Panzerabwehr ausgebildet werden. Die Ausbildungsprogramme für diese Kurse wurden entsprechend ergänzt. Der Nationalrat hieß in der Gesamtabstimmung vom 5. 6. 57 den Entwurf mit 97 gegen 14 Stimmen gut, wobei er indessen den Entscheid über die Dringlichkeitsklausel zurückstellte[10]). Als das Geschäft vom Ständerat zurückkam, wurden bei einem absoluten Mehr von 98 Stimmen 93 Stimmen für und 15 Stimmen gegen die Dringlichkeitsklausel abgegeben[11]). Nachdem der Ständerat die Dringlichkeitsklausel angenommen hatte[12]), nahm der Nationalrat am 24. 6. die zweite Abstimmung vor. Abermals wurde das absolute Mehr mit 96 gegen 25 Stimmen nicht erreicht[13]). Gemäß Geschäftsverkehrsgesetz war der Entscheid des Nationalrates endgültig, und die Dringlichkeitsklausel war durch die Referendumsklausel zu ersetzen. Die Räte hatten somit nur noch die Schlußabstimmung vorzunehmen.

An der Gesamtabstimmung vom 5. 6. beteiligten sich nur 111, an den Abstimmungen über die Dringlichkeitsklausel nur 108 bzw. 121 Nationalräte; 75 bzw. 88 Nationalräte blieben diesen wichtigen Abstimmungen fern, teils wegen Abwesenheit, teils weil sie der Verantwortung auswichen, für oder gegen die Vorlage, bzw. deren Dringlichkeit Stellung zu nehmen. Leider sind diese Abstimmungen nicht unter Namensaufruf erfolgt. Es war daher nicht möglich, die Namen der Nationalräte festzustellen, die einer klaren Stellungnahme ausgewichen sind. In ihrer Nummer vom 16. 11. brüstet sich die «Berner Tagwacht» noch nachträglich damit, daß das qualifizierte Mehr für die Dringlichkeitsklausel «dank der Abstinenz der Arbeitervertreter» nicht zustande gekommen sei. Die «ebenso unnütze wie schikanöse Vorlage» sei von den Sozialdemokraten «bekämpft» worden.

Nun griff der Bundesrat erneut ein und beantragte den beiden Räten am 24. 6. 57, die Schlußabstimmung zu verschieben, um Zeit zu gewinnen, die Frage des weiteren Verfahrens abzuklären. Wie er am 16. 9. der Bundesversammlung berichtete, ergab die Prüfung die Möglichkeit, die vorgesehenen Kurse in den Jahren 1958 und 1959 durchzuführen, wobei er die Absicht bekanntgab, auf eine Einberufung der im 57. bis 60. Altersjahr stehenden Wehrmänner zu verzichten. Er beantragte daher, am Bundesbeschluß die entsprechenden Änderungen vorzunehmen und hierauf die Schlußabstimmung durchzuführen[14]). Bei deren Durchführung in der Herbstsession wäre somit die Referendumsfrist von drei Monaten kurz nach Neujahr abgelaufen und der Bundesbeschluß hätte zu Beginn des Jahres 1958 in Kraft gesetzt werden können. Aber die Herbstsession ging ohne diese Schlußabstimmungen zu Ende. Wie verlautet, wurden in der Militärkommission des Nationalrates Bedenken formeller Art gegen die beantragte redaktionelle Änderung erhoben und damit die Schlußabstimmung erneut um ein Vierteljahr verzögert. Ein inzwischen von Professor Hans Huber eingeholtes

Rechtsgutachten hat das vom Bundesrat vorgeschlagene Verfahren als rechtlich zulässig erklärt.

Infolge der wiederholten Rückweisungen, Verschiebungen und Verzögerungen konnte 1957 kein einziger Soldat der Territorialkp. und Ortswehren zu den im Dezember 1956 als dringlich empfundenen außerordentlichen Instruktionsdiensten einberufen werden. Im Hinblick auf diese außerordentlichen Kurse von 6 Tagen Dauer hatte das EMD für 1957 die turnusmäßigen ordentlichen Ergänzungskurse von drei Tagen für die Ortswehren aufgehoben. Während die Territorialkompagnien des Landsturms wie bisher ohne Instruktionsdienst blieben, gingen die Ortswehren selbst ihrer ordentlichen Ausbildungskurse von 3 Tagen Dauer für die Angehörigen bis zum 48. Altersjahr verlustig. Statt einem Plus an Ausbildung ergab sich für sie ein Minus. Der Nationalrat trägt hiefür die Verantwortung.

Militärische oder wirtschaftliche Gesichtspunkte?

Unter dem Eindruck der Ereignisse in Ungarn hat der Nationalrat einhellig einem Postulat der Militärkommission zugestimmt, die Möglichkeiten einer beschleunigten zusätzlichen Verstärkung der Abwehrkraft zu prüfen. Der Bundesrat trug diesem Postulat in zwei Etappen Rechnung. Schon am 7. 12. 1956 unterbreitete er den Räten ein Sofortprogramm zur Beschaffung von Kriegsmaterial[15]) und am 10. 5. 57 folgte das Rüstungsprogramm 1957[16]). Die eidgenössischen Räte sind mit den Bundesbeschlüssen vom 21. 12. 56[17]) und 26. 9. 57[18]) im allgemeinen den Anträgen des Bundesrates gefolgt und bewilligten die Beschaffung von Kriegsmaterial im Betrage von 785 Mio. Zwei Ausnahmen müssen festgehalten werden.

Im Sofortprogramm vom 7. 12. 56 wünschte der Bundesrat einen Kredit von 100 Mio für die Beschaffung von 40 modernen *Düsenflugzeugen* des französischen Modells «Mystère IVa». Mit ihnen sollten 1959 die dann am Ende ihrer Lebensdauer stehenden «Vampire» der ersten Serie ersetzt werden. «Mit diesen zwei Staffeln würden wir in relativ kurzer Frist über modernere Mittel verfügen als diejenigen, die uns heute zum Schutz unseres Luftraumes zur Verfügung stehen.» Gleichzeitig bemerkte der Bundesrat, ein endgültiger Entscheid über die Beschaffung des P 16 könne nach weiteren Versuchen und Prüfungen frühestens in der zweiten Hälfte 1957 möglich sein, so daß mit einer Lieferung nicht vor dem Jahr 1960 gerechnet werden könne. Die Beschaffung von 40 Mystère-Maschinen war also ausdrücklich als eine Übergangslösung gedacht, um die fortlaufende Erneuerung unseres Flugzeugparks mit modernen Maschinen nicht unterbrechen zu müssen.

Der Ständerat ergänzte das Sofortprogramm am 18. 12. 56 durch einen weiteren Kredit von 20 Mio zur Beschleunigung der Entwicklung des P 16. Der Nationalrat stimmte dieser Ergänzung zu, strich aber anderseits die 100 Mio für die 40 Mystère-Maschinen. Seine vorberatende Kommission war nämlich mehrheitlich zur Auffassung gelangt, diese Frage sei noch zu wenig abgeklärt. Sie will auch vernommen haben, der Chef der Flieger- und Flabtruppen halte die Beschaffung dieser Flugzeuge als eine an sich unbefriedigende Notlösung.

> «Die Kommission ist sich klar darüber, daß man damit vielleicht wertvolle Zeit verliert, aber in Abwägung aller Umstände muß sie sich doch sagen, daß die materielle Frage entscheidender ist als die Zeitfrage. Es darf aber dabei nicht der Eindruck entstehen, als ob Ihre Kommission nicht vom gleichen Willen wie der Bundesrat beseelt wäre, unsere Landesverteidigung möglichst rasch zu verstärken. — Es ist nur eine gewisse zeitliche Verschiebung, die die Kommission in Kauf nehmen möchte. — Sie erwartet mit großem Interesse die neuen, näher begründeten Anträge des Bundesrates, die er auf das Frühjahr versprochen hat[19]).»

Umsonst äußerte sich der Chef des EMD:

«Le Conseil fédéral tient à prendre ses responsabilités. Vous prendrez à votre tour les vôtres. Un certain nombre d'entre vous, messieurs, me paraissent dire oui aujourd'hui, tout en disant pratiquement non. Je tiens à ce que les responsabilités soient établies, parce que si d'ici deux ou trois ans, nous devions connaître des événements d'une certaine gravité, il ne faudra pas reprocher au Conseil fédéral de n'avoir pas procédé à l'acquisition du matériel, chars et avions, qu'il est en mesure de se procurer aujourd'hui. Il ne faudra pas lui reprocher non plus de n'avoir pas effectué notamment les achats d'avions «Mystère» qu'il pourrait traiter aujourd'hui[20]).»

In der Abstimmung vom 20. 12. 56 ergaben sich lediglich 46 Stimmen für den Mystère-Kredit, während 123 Stimmen diesen Kredit ablehnten[21]). Darauf schloß sich auch der Sänderat dem Nationalrat an.

Das Rüstungsprogramm 1957 enthält keine Kredite für die Beschaffung moderner Kampfflugzeuge. Die Botschaft vom 10. 5. 57 besagt: «Versuche mit ausländischen Flugzeugen und insbesondere auch mit dem schweizerischen Modell P 16 sind zurzeit im Gange» und fügt bei: «Die in der Dezembersession aus der Mitte der eidgenössischen Räte gemachten Angaben über die Lieferfristen von Flugzeugen P 16 aus einer Serienfabrikation können nicht eingehalten werden. Die Entwicklung des Flugzeuges P 16 ist noch nicht so weit gediehen, daß den eidgenössischen Räten schon jetzt Anträge für eine Serienfabrikation gestellt werden könnten.» Der Bundesrat glaubt immerhin, den Räten noch im Jahre 1957 eine besondere Botschaft betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen unterbreiten zu können[22]).

Seit dem Frühling 1957 figuriert die Flugzeugbeschaffung auf der Traktandenliste der eidgenössischen Räte. Die Bundeskanzlei hat der erwarteten Botschaft bereits die Nr. 7366 reserviert (acht Nummern niedriger als das Rüstungsprogramm vom 10. 5. 57), und die Ratspräsidenten haben die Priorität der Behandlung dem Ständerat zugesprochen. Eine erste Botschaft für den Ankauf von 100 Kampfflugzeugen des britischen Typs «Hunter MK 6» erschien endlich am 15. 11., während der Bundesrat über den Ankauf einer zweiten Serie noch vor Beginn der Dezembersession Beschluß fassen will.

Die zweite Abweichung betrifft die Beschaffung von *mittleren Panzerabwehrgeschützen*, für die im Rüstungsprogramm 1957 ein Kredit von 29,2 Mio verlangt wurde, zusätzlich zu einem noch vorhandenen Kreditrest von 60,9 Mio aus dem Rüstungsprogramm 1951. Der Bundesrat sah vor, mit diesem Gesamtkredit von 90,1 Mio eine große Anzahl rückstoßfreier 106-mm-Geschütze *BAT* amerikanischer Herkunft zu beschaffen. Die Versuche mit diesem leichten und beweglichen Geschütz hatten günstige Resultate ergeben. Das rückstoßfreie Geschütz ist leichter und beweglicher und hat eine größere Geschoßwirkung als die 9 cm leichte Panzerabwehrkanone Modell 1957. Versuche, die Pak. auf eine Motorlafette aufzubauen, hatten nicht zum gewünschten Erfolg geführt. «Die Fahrzeuge sind technisch gut, aber verglichen mit der relativ kleinen praktischen Reichweite des Geschützes zu groß. Diese Entwicklung wird deshalb nicht weiter verfolgt[23]).»

In den Räten blieb der für die Panzerabwehrwaffen bestimmte Kredit unbestritten, doch entschieden sie anders über die Verwendung der 90 Mio für mittlere Panzerabwehrgeschütze. Einem Antrag der Kommissionsmehrheit folgend entschied sich der Nationalrat am 25. 6. 57 für einen Kompromiß: von den 90 Mio sollten nur die Hälfte für die Anschaffung der rückstoßfreien Bat-Geschütze verwendet werden, die andere Hälfte aber für die Beschaffung von 9 cm Leichten Pak Modell 1957 auf Selbstfahrlafette[24]). Dieser Entscheid ist um so bedauerlicher, als die beiden Geschütze nicht ebenbürtig sind. Trotzdem die Durchschlagskraft der BAT etwa 40% höher ist als diejenige der Pak, kostet sie weniger. Für die Pak 57 müssen Munition und Selbstfahrlafette erst noch entwickelt werden, was unter Umständen noch längere Zeit dauern kann, während die BAT technisch fertig entwickelt und seit Jahren in andern Armeen

mit Erfolg eingeführt worden ist. Sie ist ein ausprobiertes und bewährtes Geschütz — die Pak 57 auf Selbstfahrlafette ist vorläufig noch eine Spekulation. Eine erste Serie von Bat soll im Sommer 1958 geliefert werden, eine weitere Serie wird nach wenigen Monaten folgen. Über die Dauer der Entwicklungsarbeiten für Munition und Selbstfahrlafette der L. Pak 57 können noch keine Prognosen gestellt werden.

> «Wir glauben», so äußerte sich der Referent der nationalrätlichen Militärkommission, «daß das Haupterfordernis sei, rasch eine wirksame Waffe zu erhalten, und sind der Meinung, daß man die am raschesten greifbare nun nehmen sollte, auch wenn sie nicht in allen Teilen restlos überzeugt und befriedigt[25]).»

Trotz dieser Auffassung entschied sich die Kommission für einen Kompromiß — und der Rat folgte ihr. «Wenn man sich hier nicht entschließen kann, zur Zeit das Gute anzuschaffen, wird man nachher eben gar nichts haben», mahnte Nationalrat Bühler vergeblich[26]). Und Bundesrat Chaudet wies darauf hin, daß man mit 90 Mio 1200 BAT-Geschütze beschaffen könne. Bei einer Teilung des Kredites auf zwei Modelle könnten aber nur noch 950 Panzerabwehrgeschütze beider Modelle beschafft werden, weil Pak und Lafette so viel teurer zu stehen kommen als Bat[27]).

Die Förderung der Panzerabwehr lag dem Nationalrat immer sehr am Herzen, und vor nicht allzulanger Zeit regnete es heftige Vorwürfe gegen Bundesrat, EMD und LVK, daß man den Panzerabwehrkredit des Rüstungsprogrammes 1950 noch nicht ausgeschöpft habe. Es entbehrt nicht der Ironie, daß nun ausgerechnet der Nationalrat mit seinem Eingriff in die Modellwahl den Ausbau der Panzerabwehr hemmt und sein Ausmaß reduziert. Statt 1200 Panzerabwehrgeschützen können nur 950 beschafft werden. Davon werden 600 BAT in absehbarer Zeit geliefert, so daß schon im Sommer 1958 Rekrutenschulen die Ausbildung an diesem Geschütz aufnehmen können, während 1959 Panzerabwehrkp. und Pak. Kp. auf Bat umgeschult werden. Die restlichen 350 Geschütze, Pak auf Selbstfahrlafette, entziehen sich vorläufig noch jeder Zeitberechnung.

Es scheint dem Kommissionsreferenten bei seinem Kompromißantrag nicht ganz wohl gewesen zu sein. «Für uns ist es außerordentlich schwierig, hier den Entscheid über die Modellwahl zu treffen. — Man kann sich fragen, ob diese schwere Entscheidung der Modellwahl eines Geschützes nicht besser den Fachleuten überlassen werden sollte. — Grundsätzlich sollte vielleicht doch die Verantwortung für die Modellwahl vermehrt bei den Militärinstanzen und beim Bundesrat liegen[28]).»

Militärinstanzen und Bundesrat haben diese Modellwahl eindeutig getroffen, während die Mitglieder der Kommission und des Nationalrates die Modellwahl der zuständigen Instanzen nicht anerkannten. Ihre Einmischung in die Modellwahl war ein Übergriff in die Befugnisse und Verantwortungen der Exekutivinstanzen.

Interessant ist auch die rechtliche Seite dieser Fragen. Die Bezeichnung des Geschützmodells ist lediglich in der bundesrätlichen Botschaft enthalten, als Begründung und zur Illustration des entsprechenden Kreditbegehrens, während der Beschlussesentwurf selbstverständlich keine Modellbezeichnungen enthält. In der von der Bundeskanzlei herausgegebenen «Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlungen», Sommersession 1957, wird zum Rüstungsprogramm 1957 vermerkt:

> «1957, 25. 6. Beschluß des Nationalrates nach Entwurf des Bundesrates, wobei der Kredit von 90 Mio Franken, den der Bundesrat für das Panzerabwehrgeschütz ‚BAT' vorgesehen hat, zur Hälfte für das Geschütz ‚BAT' und zur Hälfte für das Geschütz ‚Pak 57' zu verwenden ist.»

Im Bundesbeschluß vom 26. 9. 57 über das Rüstungsprogramm 1957 fehlt indessen, wie schon im Entwurf, jeder Hinweis auf die Modellwahl[29]). Unter den Kreditpositionen findet sich lediglich der Teilkredit «Panzerabwehr 109,8 Mio», wobei festzuhalten ist, daß von diesem Betrag lediglich 29,2 Mio für Panzerabwehrgeschütze zur Verfügung stehen, neben einem Kreditrest von 60 Mio aus dem Rüstungsprogramm 1951. Handelt

es sich nun bei der hälftigen Modellwahl des Nationalrates um einen für den Bundesrat verbindlichen Beschluß oder lediglich um einen unverbindlichen Wunsch, dessen Beachtung oder Mißachtung dem politischen Ermessen des Bundesrates anheimgestellt ist?

Vergleicht man die Kreditteilung für Panzerabwehrgeschütze mit der Streichung des Mystèrekredites und dem vom Bundesrat nicht verlangten Zusatzkredit für P 16, fällt eine eigenartige Parallele auf: Ablehnung oder Reduktion einer Kriegsmaterialbestellung im Ausland und Begünstigung eigener, erst in Entwicklung begriffener Produkte. Es wird der Anschein erweckt, als ob für die Beschlüsse des Nationalrates weniger militärische als wirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend gewesen seien. Dieser Eindruck wird durch die Tatsache unterstützt, daß für die Fabrikation einer Selbstfahrlafette eine schweizerische Firma mehrmals mit Namen genannt wurde[30]).

Die Verjüngung der Landesverteidigungskommission

Um das Ausscheiden der älteren Mitglieder der LVK zu erleichtern, mußten die finanziellen Bedingungen günstiger gestaltet werden. Der Bundesrat hat durch Beschluß vom 4. 10. 57 die Verordnung über die Rechtsstellung der Mitglieder der LVK usw. geändert:

Art. 5, Absatz 2

> Den Mitgliedern der LVK und den Kdt. der Div., die vor Erreichen des 65. Alterjahres im Sinne von Absatz 1 entlassen werden, kann zur statutarischen Rente der Eidgenössischen Versicherungskasse zu Lasten der Verwaltungskredite eine wiederkehrende Zusatzleistung gewährt werden. Diese Leistung darf während drei Jahren, vom Zeitpunkt der Entlassung an gerechnet, jedoch längstens bis zum zurückgelegten 65. Altersjahr, den Unterschied zwischen der statutarischen Rente und den Entschädigungen gemäß Artikel 10 dieser Verordnung, nachher den Unterschied zwischen der statutarischen Rente und der höchstzulässigen Invalidenrente nicht übersteigen. Ein allfälliger Arbeitserwerb ist darauf anzurechnen.

Absatz 3

> Absatz 2 findet auch Anwendung auf Mitglieder der LVK und Kdt. der Div., die nach Vollendung des 60. Altersjahres selbst das Gesuch um Entlassung stellen.

Nachdem auf diese Weise das Ausscheiden aus der LVK vergoldet worden war, erklärte Montmollin seinen am 15. 10. genehmigten Rücktritt. Weshalb der Chef des EMD, anläßlich der Orientierung der Bundeshausjournalisten, weitere Mutationen in der LVK in Aussicht stellte, bleibt unverständlich. Es folgte der genehmigte Rücktritt Corbats und die Entlassung von Frey (22. 10.). Das «Badener Tagblatt» (2. 11.) schrieb mit Recht: «Die Art und Weise, wie Oberstkorpskdt. Frey verabschiedet wurde, hat weitherum Kopfschütteln erregt.» Wir hoffen, daß in Zukunft eine elegantere Form der Verabschiedung sichergestellt wird. — Am 25. 10. wurden Annasohn und Frick gewählt und erst am 8. 11. erfolgte die Ernennung Züblins. Zwischen dem ersten und letzten Beschluß liegen mehr wie 3 Wochen. Diese lange Frist erlaubte der Öffentlichkeit, vor allem der Presse, sich in das schwierige Wahlverfahren einzuschalten und zum voraus Kandidaten zu empfehlen oder abzulehnen. Es muß festgehalten werden, daß die NZZ (6. 11., Abendausgabe) erst dann eine Kandidatur namentlich unterstützte, nachdem sich zahlreiche andere Zeitungen für ihre Kandidaten eingesetzt hatten. Dabei scheute man sich selbst nicht vor Verunglimpfungen des «Gegenkandidaten» (siehe z. B. «Emmentaler Blatt», 24. 10.). Die lange Frist ermöglichte aber auch offizielle und inoffizielle Demarchen von Kantonsregierungen, Parteien, Parlamentariern und allen möglichen Leuten. Um den dritten Mann setzte ein zähes Ringen und Seilziehen ein. «Wenn es zum wenig erhebenden Bild eines langatmigen Tauziehens um die

Wahl des dritten neuen Korpskommandanten kam, lag dies daran, daß die mit so viel Emphase verkündete Verjüngung an der Spitze unserer Armee denkbar schlecht vorbereitet worden war. Dies gilt für die Entlassungen aus dem Kommando, wie für die Neuernennungen» («Basler Nachrichten», 9./10. 11., 1. Beilage zu Nr. 476). Ähnlich äußerte sich das «Journal de Genève» (9./10. 11., Nr. 263): «. . .les hésitations du Conseil fédéral ont . . . alimenté une désagréable et inutile polémique dans quelques journaux de la Suisse allemande.»

Bisher bildete die Zugehörigkeit zur LVK die Folge einer bestimmten Kommandostelle oder Verwaltungsfunktion. Bei den jetzigen Neuwahlen stand die Mitgliedschaft in der LVK im Vordergrund. Man hat also in erster Linie drei neue Mitglieder der LVK gewählt.

In Zukunft müssen in Aussicht genommene Mutationen in den höchsten Rängen der militärischen Hierarchie von langer Hand vorbereitet und mit den Beteiligten rechtzeitig besprochen werden. Es dürfen somit keine Entlassungen mehr erfolgen, ohne daß die Wahl des Nachfolgers perfekt ist. Die Krise in der Armeeleitung, die in den letzten Wochen vor Augen trat, darf sich nicht wiederholen.

Unter den vielen z. T. unerfreulichen Kommentaren zur Wahl vom 8. November muß auf Bemerkungen hingewiesen werden, die ein grundsätzliches Problem behandeln. Im «Berner Tagblatt» (11. 11.) wird die Frage aufgeworfen, ob der bisherige Wahlmodus der Ernennung der Mitglieder der LVK, wonach der Bundesrat zwar einen Kandidaten der LVK ablehnen, aber keine Wahl ohne Einverständnis dieser Kommision treffen kann, auf die Dauer tragbar sei. Einer solchen Auffassung kann nicht entschieden genug entgegengetreten werden. Sie enthält ein völlig ungerechtfertigtes Mißtrauensvotum gegenüber der LVK und würde eine Verpolitisierung der Wahlen in die LVK zur Folge haben. Die letzten Wochen haben uns blitzhaft eine Vorahnung des grausamen Spiels gegeben, das dann erst recht einsetzen würde.

Miles

---

[1]) Stenographisches Bulletin des Nationalrates, 1956, S. 918. [2]) Sten. Bull. Nationalrat, 1957, S. 875. [3]) Bundesblatt 1957 I 642. [4]) Bundesblatt 1957 I 967; Gesetzessammlung 1957, 213. [5]) Sten. Bull. Nationalrat, 1957, S. 65f. [6]) Sten. Bull. Nationalrat, 1957, S. 69 und 77. [7]) Sten. Bull. Nationalrat, 1957, S. 113f. [8]) Sten. Bull. Ständerat, 1957, S. 84. [9]) Bundesblatt 1957 I 1248. [10]) Sten. Bull. Nationalrat, 1957, S. 292. [11]) Sten. Bull. Nationalrat, 1957, S. 394. [12]) Sten. Bull. Ständerat, 1957, S. 124. [13]) Sten. Bull. Nationalrat, 1957, S. 433. [14]) Bundesblatt 1957 II 553. [15]) Bundesblatt 1956 II 845. [16]) Bundesblatt 1957 I 1232. [17]) Bundesblatt 1956 II 1026. [18]) Bundesblatt 1957 II 665. [19]) Sten. Bull. Nationalrat, 1956, S. 868—870. [20]) Sten. Bull. Nationalrat, 1956, S. 886. [21]) Sten. Bull. Nationalrat, 1957, S. 902. [22]) Bundesblatt 1957 I 1232. [23]) Bundesblatt 1957 I 1232. [24]) Sten. Bull. Nationalrat, 1957, S. 467. [25]) Sten. Bull. Nationalrat, 1957, 457. [26]) Sten. Bull. Nationalrat, 1957, 462. [27]) Sten. Bull. Nationalrat, 1957, 466. [28]) Sten. Bull. Nationalrat, 1957, 457. [29]) Bundesblatt 1957 II 665. [30]) Sten. Bull. Nationalrat, 1956, S. 874, und 1957, S. 463.